

Die Welt dreht sich im Kreis



Wer kennt noch die Zeitung «Freier Aargauer»? Er war bis 1987 die sozialdemokratische Tageszeitung im Aargau und das offizielle Organ der Arbeiterpartei des Kantons. Das Sammelwerk «50 Jahre Freier Aargauer» von 1906–1956 umfasst sämtliche Abstimmungen, die damals im Kanton Aargau stattgefunden haben.

Durchstöbert man das Buch, so merkt man schnell, dass viele Themen wiederkehrend sind. Beispielsweise gab es schon 1948 einen Grossratsbeschluss über Massnahmen gegen die Folgen der Trockenheit. Die Situation hat sich mit dem Klimawandel verschlimmert: Deshalb setzen wir uns für Hitzeminderungsmaßnahmen wie beispielsweise die Begrünung von Siedlungsräumen sowie die Entsigelung von Oberflächen, sowie für einen flächendeckenden öffentlichen Verkehr und den Ausbau von erneuerbaren Energien ein. Ein weiteres wiederkehrendes und wichtiges Thema sind die Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus. Schon damals war der Wohnraum knapp. Aber 1946 wurde ein Gesetz zur staatlichen Förderung der Wohnbautätigkeit erlassen. Etwas, von dem man heute nur noch träumen kann. Aber das Problem ist geblieben. Immer weniger Familien können im städtischen Raum bezahlbaren Wohnraum finden.

Eine Veränderung ist aber möglich. Packen wir es an und ergreifen wir Partei für alle statt für wenige.

Nora Langmoen von Baden ist Co-Präsidentin der SP Aargau und Badener Wohnerrätin.

GEDANKEN ZU DEN WAHLEN

Wenn die Gemeinde nicht will, steht alles still



Dieter Egli von Windisch ist Aargauer SP-Regierungsrat. Er kandidiert im Oktober 2024 wieder für das Regierungsamt.

Im Kanton Aargau gibt es 197 Gemeinden. Und jede ist etwas anders. Als politischer Verantwortlicher für die Gemeindeabteilung erfahre ich dies täglich.

Natürlich macht diese Vielfalt unsere politische Arbeit – diejenige des Kantons, aber auch diejenige der Gemeinden selbst – nicht einfach. Aber vieles bei uns ist nicht einfach. Auf Einfachheit ist unser politisches System nicht ausgerichtet, sondern auf Partizipation.

Und in diesem Sinn erlebe ich den unglaublichen Vorteil, den eigenständige Gemeinden bieten, die möglichst viel selbst entscheiden können:

Die Gemeinden sind ganz nah an den Menschen. In der

Gemeinde sind die meisten von uns zum ersten Mal mit der Verwaltung, mit dem Staat in Kontakt gekommen. Hier spüren wir die politischen Entscheidungen am unmittelbarsten. Und fast alles, was – auch im Kanton – entschieden wird, muss letztlich in der Gemeinde umgesetzt werden.

Deshalb weiss ich: Wenn die Gemeinden nicht wollen, dann geht nichts. Zum letzten Mal habe ich das eindrücklich erfahren, als vor allem auf Druck der Gemeinden und gegen den Willen des Regierungsrats der Grosse Rat die Umstellung vom bisherigen System der Regionalpolizeien auf eine Einheitspolizei abgelehnt hat.

Aber trotz der Reibung, die zwischen Kanton und Gemeinden immer wieder entsteht: Wir brauchen die Gemeinden. Denn die Gemeinden, das sind eben wir alle – die Menschen, die in einer solchen leben.

Das ist meine eindrücklichste Erfahrung im Amt: Die Gemeinde ist auch der Ort, wo die meisten Menschen politisch aktiv werden. Und es gibt so viele,

die sich ehrenamtlich in der Gemeinde für die Gesellschaft einsetzen. Das müssen wir erhalten und weiterhin pflegen, das ist lebenswichtig für unser Milizsystem, das von der Ehrenamtlichkeit lebt.

Ich danke an dieser Stelle auch allen SP-Mitgliedern, die sich in den Gemeinden engagieren, in der Exekutive, in Wohnerräten oder in Kommissionen – und wertvolle Arbeit leisten, oft hinter den Kulissen.

Das ist auch eine Chance für unsere Partei. In der Gemeinde müssen wir präsent sein und von dieser Nähe zur Bevölkerung profitieren. Hier können wir Menschen ansprechen, mit ganz konkreten Anliegen und Lösungen – und sie so für unsere Sache begeistern.

Natürlich müssen wir über unsere Gemeindestruktur diskutieren – und darüber, wie viele Gemeinden es braucht, wie gross sie sein oder welche Qualitätskriterien sie erfüllen sollen. Die Institution Gemeinde ist aber zu wertvoll für unsere Demokratie, als dass wir sie vernachlässigen könnten!

LINKS AG

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
212 · Ausgabe AG · Mai 2024



Ja zum Klimaschutz als Verfassungsauftrag



In der Verfassung ist festgehalten, welche Verantwortung gegenüber Mensch, Gemeinschaft und Umwelt wahrzunehmen ist. Dazu muss auch der Klimaschutz gehören.

Am 9. Juni stimmen wir darüber ab, ob die Aargauer Kantonsverfassung mit einem Klima-Paragrafen ergänzt werden soll. Diese Ergänzung wurde durch einen überparteilichen Vorstoss von fünf Grossrät:innen der Grünen, GLP, EVP, Mitte und SP initiiert. Der Text orientierte sich am Verfassungsartikel des Kantons Zürich, welcher im Mai 2022 mit 67,1 Prozent Ja deutlich angenommen wurde.

Die Bekämpfung der Klimakrise und ihrer Folgen ist die grösste Herausforderung unserer Zeit. Dabei sind alle gefordert: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft – auf allen Ebenen: Bund, Kanton und Gemeinden.

Aufgrund der Diskussionen in der vorberatenden Kommission UBV und im Grossen Rat einigte man sich auf eine kürzere Fassung, welche nun zur Abstimmung vorliegt. Diese Ergänzung der Verfassung ist ein klares Bekenntnis und nimmt Kanton und Gemeinden in die Pflicht, sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auseinanderzusetzen und Massnahmen zu ergreifen. Damit erhöht sich die mittel- und langfristige Planungs- und Rechtssicherheit zum Erreichen der Klimaziele: Netto-Null Treibhausgas-Emissionen bis 2050. Der nun vorliegende Klima-Paragraf ist breit abgestützt. Im Abstimmungskomitee machen die sechs Parteien SP, Grüne, GLP, EVP, Die Mitte und FDP mit, zudem 28 Organisationen aus dem Klima- und Umweltbereich wie auch der Aargauische Fischereiverband und der Bauernverband Aargau.

Darum empfehle ich ein klares Ja!

Gabi Lauper Richner von Niederlenz ist SP-Grossrätin und Mitinitiantin und Präsidentin der SP Bezirk Lenzburg.

ABSTIMMUNG STROMGESETZ

Wer soziale Gerechtigkeit will, sagt JA zum Stromgesetz

Das Stromgesetz braucht das JA der Sozialdemokratie – und die Sozialdemokratie braucht jetzt das JA zu diesem Stromgesetz. An uns liegt es. Wir haben es in der Hand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Energieversorgung zu realisieren. Nur zusammen geht es.



Leo Keller von Aarau ist Präsident des Fachausschusses Energie und Klima der SP Aargau.

Die Geschichte der sozialen Gerechtigkeit kann man auch als die Geschichte, wie die Energie in unsere Gesellschaft kam, beschreiben. Vor der Dampfmaschine waren es meist Sklaven, die dafür sorgten, dass Wenige die Früchte der Mehr-Energie geniessen konnten. Knappe Energie hiess immer auch Hunger und Entbehrungen für viele. Erst die «Entfesselung der Produktivkräfte» – dank Dampfmaschinen und Kohle – schaffte so etwas wie «Mehrwert», über deren Verteilung dann gestritten werden konnte. Um mehr Gerechtigkeit in der Verteilung dieses Mehrwerts zu erreichen, wurde die Sozialdemokratie geboren. Aber die Voraussetzung dazu war die Energie, die die Maschinen überhaupt erst antreiben konnte.

Öl, Wohlstand und Ökologie

Seit das fast unerschöpfliche Öl die Weltwirtschaft antreibt – kurz seit den 1950er Jahren – hat im Westen dank der Industrialisierung ein ungeahnter Wirtschaftsaufschwung stattgefunden. Mit ihm kam auch der materielle Wohlstand – dank den Gewerkschaften und der SP auch für die breiten Schichten – soziale Gerechtigkeit eben. Zugleich zerstörten wir Teile der Umwelt, und das CO₂ aus Öl, Gas und Kohle heizt unser Klima an. Um einen ökologisch verträglichen Wohlstand zu erreichen, müssen wir die klimagerechte Energieversorgung für alle neu erfinden. Nur so können wir auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit einfordern und erreichen.

Mantelerlass garantiert soziale Gerechtigkeit

Aber wir wissen, dass die Bevölkerung nur dann dem Umbau des Energiesystems und den damit verbundenen Veränderungen zustimmen wird, wenn wir trotz Umbau glaubhaft den Erhalt der sozialen Gerechtigkeit garantieren können. Und dieses Gesetz kann das – dafür haben wir, zusammen mit den Grünen, gesorgt.

Mit diesem Gesetz können wir es schaffen, die Klimaziele zu erreichen. Endlich wird der Solarstrom-Express gestartet. Der PV-Strom wird zur wichtigsten Stromquelle. 80 Prozent davon wird auf Dächern produziert, reduziert auch die Stromkosten für die Mieterinnen dieser Häuser und schafft gute Arbeitsplätze. Statt 10 Mia./Jahr für die Ölfirmen im Ausland entstehen Arbeitsplätze und Unternehmen, die Strom in der Schweiz erzeugen. Und weil es nun schneller geht, könnten wir den Zeitplan doch noch einhalten – Netto-Null bis 2050.

Die PV-Strom-Offensive geht aber nicht zu Lasten einer rücksichtslosen Umweltzerstörung. Natürlich werden unsere Dörfer, Städte und Landschaften sich auch optisch verändern.

In nationalen Schutzgebieten wird es keine weiteren neuen Kraftwerkanlagen geben. Alpine PV-Anlagen können so gebaut werden, dass die Biodiversität zunimmt. Auch Wind-Anlagen, die wir ebenfalls wegen des Winterstroms brauchen, dürfen nur dort gebaut werden, wo auch die Gemeinden zustimmen. Und alle Projekte benötigen eine Bewilligung, die wie heute bis vor Bundesgericht angefochten werden kann. Dieses Gesetz ist ein vertretbarer Kompromiss. Kein Stromgesetz, kein Klimaschutz wird die Natur und Landschaft in der Schweiz viel stärker verändern. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit haben auch einen Preis.

Fragen zu links.ag

Eigentlich war der Redaktionswechsel von Katharina Kerr zu Parteisekretärin Esther Schmidt auf den Jahreswechsel geplant gewesen. Aber es ist ein Wahljahr, und das SP-Sekretariat ist voll ausgelastet mit der Vorbereitung der Wahlen. Also bleibt die alte Redaktorin bis mindestens Ende Sommer im Amt.

Unser Parteipräsident Stefan Dietrich ist der Meinung, dass mich viele SP-Neumitglieder nicht kennen, und es darum gut wäre, wenn ich mich vorstellen würde ...



Katharina Kerr

... So folge ich diesem Wunsch:

Ich bin im Oktober 1943 in Mar del Plata, Argentinien, am Meer geboren und wuchs dort auf bis zum zweiten Schuljahr. Meine Eltern waren Flüchtlinge, und ich war dank dem ius soli Argentinien (wer dort geboren wird, erhält die argentinische Staatsbürgerschaft) die einzige in unserer Familie mit einem Pass. Wir lebten gut, mein Vater leitete dank seiner kaufmännischen Ausbildung in seiner Heimatstadt Wien eine Filiale einer grossen Getreidehandelsfirma. Eigentlich war er in Europa ein erfolgreicher Fussballtrainer gewesen. 1951 zog meine Mutter mit mir in ihre Heimatstadt Aarau, wo ich bis zur Matur zur Schule ging. In der Schweiz war es sicherer als in Argentinien, aber auch in jeder Beziehung kälter. Nach einem Studium der Germanistik und der Hispanistik in Zürich und Madrid unterrichtete ich Deutsch an Mittelschulen und richtete ab 1972 das Robert Walser-Archiv in Zürich ein, wo ich bis 1978 tätig war. Danach arbeitete ich als freie Journalistin vor allem für die (damals noch anständige) Basler Zeitung. 1977 trat ich in die SP und in den vpod ein, wurde 1983 in den Aarauer Einwohnerrat gewählt und 1993 in den Aargauer Grossen Rat, wo ich bis 2009 blieb und verschiedene Ämter wie das Fraktionspräsidium und Kommissionspräsidien versah und auch in der SP-Geschäftsleitung (GL) war. Von 1988 bis 2009 schrieb ich als

Clara Hiestand nach jeder Grossratssitzung, oft bis weit in die Nacht, einen Internet-Bericht, der gemäss Vertrag «auf interessante, witzige und parteifördernde Weise ein Gegengewicht zur Berichterstattung in der Aargauer Medienlandschaft» sein sollte und manchmal bürgerlichen Groll verursachte, ohne je juristisch erfassbar zu sein. Ich war zwei Mal verheiratet (heute verwitwet) und habe einen Sohn und eine Tochter.

Stefan Dietrich hat mir ein paar Fragen zu gestellt:

Katharina, kannst du dich noch an die Anfänge vom «links» und «links.ag» erinnern?

Klar. 2000 entschied die SP Schweiz, eine Parteizeitung zu publizieren, in der auch die Kantonalparteien vier Seiten gestalten sollten. Die aargauische GL unter dem Präsidium von Barbara Kunz übertrug mir die Redaktion des links.ag, das ich seit Januar 2001 weitgehend freihändig mit dem Anspruch, aktuell und für alle verständlich und interessant zu sein, betreue.

Was hat dein Interesse geweckt mit-zuarbeiten und die Verantwortung zu übernehmen?

Ich bin eine linke Journalistin, und in der SP kann man nie genug informieren. Eine Hofberichterstattung sollte es aber nicht sein.

Wie hat sich das «links» in den letzten Jahren verändert?

Zuerst wurden aus Spargründen nur noch sechs jährliche links-Nummern produziert (vorher elf). Seit Januar 2011 hat die SP Aargau mit der SP-Regiobern eine Vereinbarung über fünf Mal jährlich vier zusätzliche, im Ganzen acht, Seiten links.

Welche Chancen siehst du für unser «links» angesichts der allgegenwärtigen Digitalisierung?

Wenn wir alle Parteimitglieder erreichen wollen, müssen wir auf Papier fassbar bleiben. Die Digitalisierung mag für vieles bequem sein, aber menschlich ist sie nicht.

Katharina Kerr von Aarau ist Redaktorin von links.ag. Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und SP-Grossrat.

ABSTIMMUNG MITTE-INITIATIVE

Kein Grund zur Panik: Nein zur Kostenbremse



Es gebe eine Kostenexplosion, und diese müssten wir so dringend in den Griff bekommen, dass wir uns nicht einmal eine saubere Lösung überlegen. Die Initiant:innen wollen, dass es einfach nicht mehr Geld gibt als bisher. Die Ausgaben sollen an die Durchschnittslöhne und das Wirtschaftswachstum gekoppelt werden, und mehr gibt es dann einfach nicht, basta. Liebe Mitte: Nein, wir haben keine Kostenexplosion. Die Gesamtkosten des Gesundheitssystems sind stabil zwischen 10 und 11,5 Prozent des BIP. Und es gibt auch gerechtfertigtes Wachstum: zum Beispiel, wenn mehr Leute alt sind. Genau das kommt auf uns zu. Wenn wir einfach die Kosten deckeln, egal wie gross der Bedarf ist, führt dies zum Leistungsabbau, zur Zweiklassenmedizin (denn die Zusatzversicherung wird eben nicht gedeckt) und zum Personalabbau dort, wo ohnehin schon ein Mangel besteht. Liebe Mitte, wir haben keine Kostenexplosion, sondern eine Prämienexplosion. Nicht die Kosten sind das Problem, sondern die Finanzierung. Die Schweiz leistet sich mit der regressiven Kopfprämie und einem grossen Anteil der Finanzierung aus dem eigenen Sack das weltweit unsozialste Gesundheitssystem. Für dieses Problem haben wir eine konstruktive Lösung auf dem Tisch: die Prämientlastungsinitiative. Das heraufbeschworene Problem der Kostenexplosion möchte uns dazu verführen, wieder einmal beim Service public zu sparen. Also: ein überzeugtes «Nein» zur Kostenbremse.

Die Leitende Ärztin Lucia Engeli von Unterentfelden ist SP-Grossrätin und Co-Präsidentin Fachausschuss Gesundheit und Soziales.

Der 1. Mai soll auch im Aargau ein gesetzlicher Feiertag werden!

Am 1. Mai wird weltweit in mehr als 150 Ländern der «Tag der Arbeit» gefeiert. Er ist der einzige internationale und weltumspannende Feiertag. Dieser Tag ist allen arbeitenden und lohnabhängigen Menschen gewidmet und soll an die in der Vergangenheit erkämpften sozialen Errungenschaften erinnern. Insbesondere die Durchsetzung des Achtstundentags und die spätere Einführung der 5-Tage-Woche werden mit dem «Tag der Arbeit» verbunden.



Stefan Dietrich von Bremgarten ist Co-Präsident der SP Aargau und SP-Grossrat.

In den meisten europäischen Ländern ist der 1. Mai ein gesetzlicher Feiertag. In der Schweiz wird der «Tag der Arbeit» in den Kantonen Zürich, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Jura, Neuenburg, Schaffhausen, Thurgau und im Tessin als Feiertag begangen. Bei uns im Kanton Aargau gelten regional sehr unterschiedliche Feiertagsregelungen.

Der 1. Mai ist trotz seiner überregionalen, internationalen Bedeutung nicht einheitlich geregelt. Im Aargau gibt es grosse Unterschiede von Bezirk zu Bezirk, von Gemeinde

zu Gemeinde, von Unternehmen zu Unternehmen. Im Kanton wird einerseits gearbeitet, einige haben frei, andere arbeiten nur vormittags. Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in unseren Nachbarkantonen arbeiten und im Aargau wohnen, haben arbeitsfrei.

Dies ist erstaunlich, da unser Kanton einen wichtigen Beitrag während der Industrialisierung leistete und die Arbeiter:innenbewegung im Aargau auf eine mehr als hundertjährige Geschichte zurückblicken kann. Die jährlich stattfindenden friedlichen Maifeiern stellen eine lebendige und breit akzeptierte Tradition dar.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der 1. Mai ein sehr wichtiger Tag, der uns aber auch vor Augen führt, dass die Herausforderungen der sozialen Gerechtigkeit nach wie vor sehr gross sind. Dieser Tag erinnert uns an vergangene politische Kämpfe für soziale Verbesserungen, für ein

besseres Leben für alle Menschen. Er bietet uns Gelegenheit, aktuelle soziale Themen aufzugreifen und auf immer noch prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse – auch in der Schweiz – aufmerksam zu machen. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Die Kaufkraft schwindet, Lebenshaltungskosten und Krankenkassenprämien kennen nur eine Richtung – nach oben, alles wird teurer. Löhne und Pensionen bleiben gleich, sie stagnieren und kommen der Entwicklung nicht hinterher, während Profite von Grosskonzernen ins Unermessliche steigen.

Neben unserer täglichen politischen Arbeit, unserem Einsatz für eine solidarische Gesellschaft, für mehr soziale Gerechtigkeit, braucht es im Aargau einen Tag, der der arbeitenden Bevölkerung gewidmet ist. Es braucht den «Tag der Arbeit» für alle!

Im Grossen Rat haben wir als SP-Fraktion eine Motion eingereicht, die die Einführung eines einheitlichen Feiertags im Kanton Aargau fordert. Mit einer Petition wollen wir unsere Forderung bekräftigen.

Hier kannst du unterschreiben:

<https://sp-aargau.ch/petition-fuer-den-1-mai-als-feiertag>.

AGENDA

- 26. Juni 2024 10 bis 17 Uhr, Pflegi Muri | **Ordentlicher Parteitag***
- 29. Juni 2024, Brugg | **Wandern mit Regierungsrat Dieter Egli nach Brugg-Turgi***
- 17. August 2024 | **Wandern mit Regierungsrat Dieter Egli nach Oftringen-Zofingen***
- 24. August 2024, Arbeiterstrandbad Tennwil Strandbadweg 1, Tennwil
Ausserordentlicher Parteitag & Fest der Solidarität*

*Infos folgen

ABSTIMMUNGSPAROLEN

Eidgenössische Abstimmungen

Prämientlastungsinitiative:	JA
Kostenbremseninitiative:	NEIN
Impfgegnerinitiative:	NEIN
Mantelerlass (Energie):	JA

Kantonale Abstimmung

Verfassungsänderung (Klimaparagraph):	JA
---------------------------------------	----

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43, Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74
sekretariat@sp-aargau.ch, www.sp-aargau.ch

Erscheint 6 Mal pro Jahr
Auflage links.ag: 3066

Redaktion: Katharina Kerr, katkerr@katkerr.ch
Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 29. April 2024
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 10. Juni 2024
Erscheinen nächste Nummer: 28. Juni 2024

An dieser Nummer haben mitgearbeitet: Stefan Dietrich, Dieter Egli, Lucia Engeli, Leo Keller, Katharina Kerr, Nora Langmoen, Gabi Lauper

